

Bürgergutachten

zum Haushaltplan der Stadt Leipzig 2006

Gutachter:

Claus Becker, Friedrich Berger, Dr. Barbara Dammers, Michael Deichsel, Christel Foerster, Simone Fuge, Jens Geyger, Gilda Goncarova, Edith Gratzke, Norbert Höhl, Loretta Huszak, Janos Javorsky, Anett Keller, Heiko Kerner, Carmen Kirchhof, Stephanie Krumbein, Patricia Lehmann, Gisela Lindenthal, Katharina Lohmann, Kerstin Ohlhof, Ursula Paul, Barbara Quittschalle, Madlen Römer, Felix Schaller, Angela Schubert, Dr. Gisela Siegel, Werner Streubigen, Dr. Petra Trappe, Uta Viertel, Helga Vorweg, Dr. Helga Wenzel, Maik Winkler, Simone Winkler, Christian Würsig, Sven Zimmermann

Moderation:

Ralf Elsässer, Angelika Kell

Leipzig, November 2005

Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Leipzig,
dem Verein Mehr Demokratie e.V.
und mit Unterstützung durch die Sparkasse Leipzig durchgeführt.

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangssituation und Projektziele	2
2	Vorgehensweise	3
3	Gutachter	5
4	Ergebnisse	8
	4.1 Bewertung der Fachbereiche	8
	4.2 Vorschläge und Fragen	11
	4.2.1 grundlegende, fachübergreifende Vorschläge	11
	4.2.2 spezielle Vorschläge	15
	4.2.3 wichtige Fragen	25
5	Gesamteinschätzung	28
Anlage 1:	Erläuterungen zum Haushaltsplan der Stadt Leipzig	
Anlage 2:	Überblick über alle Unterabschnitte des Haushaltes 2006	
Anlage 3:	Zusammenfassung des Haushaltes 2006 nach inhaltlichen Gruppen	
Anlage 4:	Formular für die abschließende Bewertung der Aufgabenbereiche	
Anlage 5:	Vergleich der Bürgerbewertung der Aufgabenbereiche mit der tatsächlichen Veränderung im Haushaltsplan	
Anlage 6:	Abgelehnte Vorschläge	

1 Ausgangssituation und Projektziele

Der Grad der Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Allgemeinen sowie das strukturelle Defizit der Stadt Leipzig in der Größenordnung von 100 Mill. Euro im Besonderen zwingt im Interesse einer langfristigen Handlungsfähigkeit zu Einschnitten, Kurskorrekturen und vor allem zu mehr Zielgenauigkeit und Effizienz in der Verwendung öffentlicher Mittel. Mit der Erarbeitung strategischer Ziele hat die Stadt Leipzig eine theoretische Grundlage geschaffen, um diese notwendige Strukturveränderung zu leisten. Für den nun erforderlichen Umsetzungsprozess, wo die Diskussion nicht um die Verteilung zusätzlicher Gelder sondern um die Prioritäten zum Abbau und zur Effizienzsteigerung öffentlicher Leistungen geführt werden muss, ist eine sinnvolle Einbeziehung der Bürger besonders notwendig, um

- die Akzeptanz der erforderlichen Maßnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen,
- das Verantwortungsbewusstsein der Bürger für ihre Stadt zu fördern und
- die Sicht auf Alternativen für die Verwaltung zu erweitern.

Die Kunden und Zielgruppen der Leistungen der Kommune müssen ihre Kompetenzen unmittelbar in den Prozess der strukturellen Konsolidierung des städtischen Haushalts einbringen können.

Es existieren jedoch noch keine Patentrezepte dafür, wie Bürgerbeteiligung an der kommunalen Haushaltsplanung effektiv und mit vertretbarem Aufwand geleistet werden kann. Da die Haushaltsplanung ein sehr abstraktes Thema ist, haben herkömmliche Beteiligungsverfahren, wie öffentliche Foren, meist nur eine relativ geringe Resonanz. Oft werden solche Diskussionen zur Auseinandersetzung über bestimmte einzelne inhaltliche Themen genutzt. Eine Reflexion, die die Komplexität der Haushaltplanung widerspiegelt, ist für Laien ohne die Chance zur eingehenden Beschäftigung mit dem Thema sehr schwierig. Nicht zuletzt deshalb wird Finanzplanung von den Gebietskörperschaften stärker als andere Planungen als hoheitliche Aufgabe verstanden, bei der Bürgerbeteiligung eher störend als nützlich ist.

Derzeit laufen in verschiedenen Kommunen Deutschlands Bemühungen, Bürger intensiver über den lokalen Haushalt zu informieren und an der Aufstellung des Plans zu beteiligen. Das aufwändigste und weitestgehendste Beispiel hierfür liefert der Bezirk Berlin-Lichtenberg.

Alternativ zu solchen umfassenden Modellprojekten wurde im Rahmen des Leipziger Agenda-21-Prozesses versucht, mit einem sehr kleinen finanziellen Projektbudget Wege zu erproben und aufzuzeigen, wie trotz geringer finanzieller Ressourcen eine Einbeziehung der Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger möglich sein kann.

Dabei wurden insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- Erarbeitung von Materialien, die den Einblick und das Verständnis für die kommunale Haushaltsplanung erleichtern.
Je nach dem, wie dies im Rahmen des Projektes gelingt, sollen daraus Anregungen für eine generelle bürgerfreundliche Zusammenfassung und Erläuterung des Haushaltsplans gegeben werden, die die Voraussetzung für eine mögliche Mitsprache bilden.
- Test von Methoden, wie mit geringem finanziellen Aufwand ein in seinen Grundtendenzen repräsentatives Stimmungs- und Meinungsbild zu Prioritäten der Mittelverwendung erhoben werden kann
- Test, ob es mit den angewandten Methoden auch möglich ist, Laien in die Lage zu versetzen, substantiell wertvolle Vorschläge für die politische Diskussion der Haushaltsplanung zu liefern.
- Test, inwieweit die Beteiligung an einem solchen Projekt für die Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Erfahrungs- und Einsichtsgewinn bedeuten kann.

2 Vorgehensweise

Methodische Prämissen

Die Wahl der Vorgehensweise beruhte auf zwei grundlegenden Erfahrungen aus anderen Beteiligungsprozessen.

1. Zeit für Aneignung und Reflexion des Themas lassen

Die Auseinandersetzung mit einem so komplexen Thema erfordert Zeit für die das Hineinwachsen. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Beteiligten mehrfach innerhalb eines überschaubaren Zeitraums Gelegenheit haben, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Einmalige Veranstaltungen mit vielen Beteiligten sind dafür nicht geeignet. Gleichzeitig lebt die Qualität des Prozesses auch von der Kontinuität der Beteiligten. Dies bedeutet, dass die Projektdauer so kurz bemessen sein muss, dass möglichst viele von Anfang bis Ende dabei bleiben.

2. Zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger persönlich einladen

Die Beteiligten sollten möglichst alle Bevölkerungsgruppen, Altersgruppen und Stadtteile repräsentieren, um als Gesamtgruppe eine Sicht auf die Gesamtstadt widerspiegeln zu können. Sie sollten dabei auch nicht aus beruflichen oder anderen Gründen motiviert sein, spezielle Einzelinteressen stark zu vertreten. Dies lässt sich zwar nicht grundsätzlich ausschließen, aber über die persönliche Einladung von zufällig aus dem Adressbuch der Stadt ausgewählten Personen kann dieser Hintergrund weitgehend umgangen werden. Dementgegen besteht bei einer offenen öffentlichen Einladung die Gefahr, dass überwiegend Personen mit einem bestimmten Interesse oder Problemdruck kommen und die Gesamtgruppe erstens kleiner und zweitens deutlich weniger repräsentativ für die Gesamtstadt ist.

Aufbereitung des Haushaltsplans

Um den Haushaltplan einer Großstadt sachgerecht diskutieren zu können, ist die Erstellung von Übersichten und Erläuterungen erforderlich.

Die Unterabschnitte des Haushaltsplans wurden zu Leistungsbereichen zusammengefasst, die sich nicht primär an der Gliederung des Haushaltsplans oder der Verwaltung, sondern an der Verständlichkeit orientierten (siehe Anlagen). Wo es möglich war, wurden Daten grafisch aufbereitet.

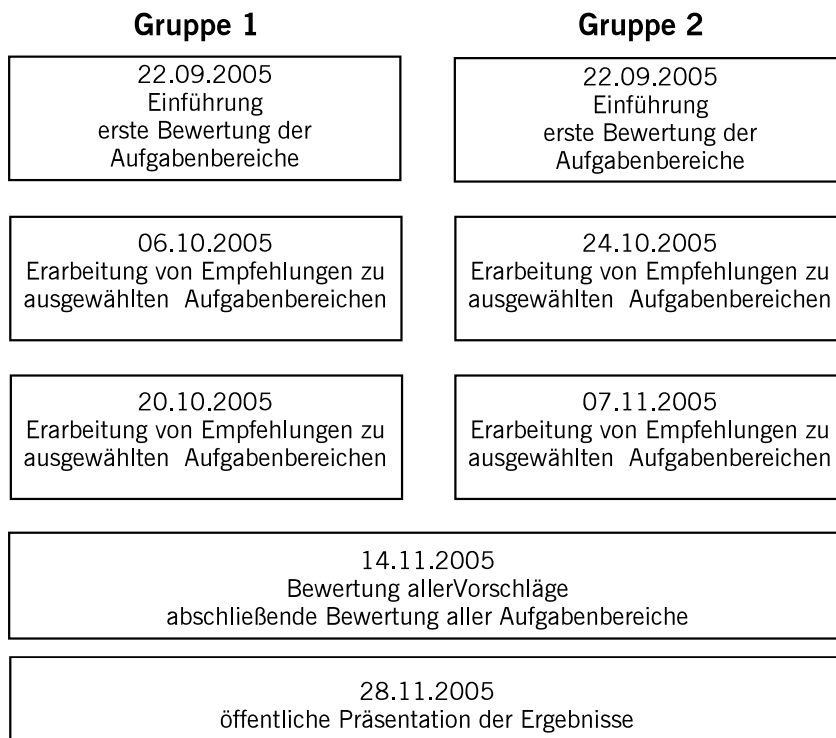
Das Material wurde den Beteiligten schrittweise übergeben, damit möglichst viele die Informationen aufgenommen und verarbeitet werden konnten.

Zu Beginn des Projektes wurde der Haushaltsplan von 2005 als Basis verwendet, nach der Veröffentlichung des Planentwurfes für 2006 wurden die Zahlen auf der Basis dieses Plans aktualisiert. Auf dieser Grundlage wurden auch die einzelnen Vorschläge erarbeitet.

Erarbeitung des Bürgergutachtens

Die Erarbeitung des Gutachtens begann mit je drei Veranstaltungen in zwei parallelen Gruppen und endete in einer gemeinsamen Bewertung aller erarbeiteten Vorschläge.

Zur jeweils ersten Veranstaltung wurde eine Einführung in den Aufbau und die Rahmenbedingungen für die Haushaltsplanung gegeben. Anschließend wurden die einzelnen Aufgabenbereiche danach bewertet, in welchem Maß der Zuschussbedarf hierfür steigen oder sinken soll.



In den beiden folgenden Veranstaltungen wurden anhand von Auszügen aus dem Band 2 des Haushaltsplans Empfehlungen zur Veränderung einzelner Positionen erarbeitet. Dazu wurden Kleingruppen von zwei bis fünf Personen gebildet, die verschiedene Fachbereiche parallel bearbeiteten. In der dritten Veranstaltung wurden die Kleingruppen neu sortiert und andere Fachbereiche bearbeitet.

In der vierten Veranstaltung wurden beide Gruppen zum gleichen Termin eingeladen, um alle Vorschläge aller Gruppen gemeinsam abzustimmen. Die Abstimmung erfolgte schriftlich auf der Basis von Fragebögen.

Dazu wurden alle Vorschläge Schritt für Schritt durchgegangen. Durch die Moderation wurde zu jedem Vorschlag ein Gegenargument vorgetragen, dass auf negative Auswirkungen des jeweiligen Vorschlags hinweisen sollte. Auf diese Weise konnten fachliche Hinweise eingebracht werden, ohne die Meinungsbildung der Gruppe zu beeinflussen.

Abschließend wurde die Bewertung des Fachbereiche aus der ersten Veranstaltung wiederholt, um zu erfahren, in wie weit sich die Beurteilung durch die Bürgerinnen und Bürger im Laufe des Projektes verändert hatte.

Veränderungen des Projektkonzeptes

In der Projektkonzeption waren noch zwei Elemente vorgesehen, die nicht realisiert wurden:

Es war angedacht, aus der ersten Bewertung der Fachbereiche und einer Rahmenvorgabe von minimal 50 Mill. € Einsparung im Gesamthaushalt eine Budgetvorgabe für die einzelnen Bereich abzuleiten. Diese Spielvorgabe wurde nicht eingebracht, da sich die Gutachter bei ihrer ersten Bewertung überwiegend noch sehr unsicher fühlten, und die Moderatoren das daraus ermittelte Ergebnis nicht zu strikt als Messlatte für den weiteren Prozess verwenden wollten. Dadurch sind in einzelnen Bereichen, für die Kürzungen vorgesehen waren, keine adäquaten Sparvorschläge erarbeitet worden, andererseits wurde dadurch auch in den Bereichen, für die Mehrausgaben empfohlen wurden, nach Einsparmöglichkeiten gesucht.

Ursprünglich war auch daran gedacht, im Verlaufe dieser vier Veranstaltungen einen Rollenwechsel vom Bürger zur Verwaltung und schließlich zu Stadtrat zu vollführen. Dies wurde während der Veranstaltung nicht hervorgehoben, da die Beschäftigung mit dem Haushalt die volle Aufmerksamkeit erforderte und ein zusätzliches Rollenspiel möglicherweise eine Überfrachtung bedeutet hätte.

3 Gutachter

Das Projektkonzept sah vor, etwa 50 Bürgerinnen und Bürger an dem Projekt zu beteiligen. Im ursprünglichen Projektkonzept war vorgesehen, den beteiligten Gutachtern für eine regelmäßige Teilnahme ein Honorar von 100 Euro pro Person zu zahlen, um die Mitwirkung am Projekt über den gesamten Zeitraum verbindlich und konstant zu halten. Da eine dafür notwendige Projektförderung nicht zustande kam, war fraglich, ob zum Thema Haushaltsplanung überhaupt genügend Teilnehmer für mehrere Veranstaltungen gewonnen werden konnten.

In der Hoffnung auf eine Zusagequote von 5 % wurden 1.000 Personen aus dem Adressbuch der Stadt Leipzig ausgewählt und persönlich angeschrieben. Das Rückmeldeformular konnte portofrei zurückgesandt werden. Bis zum Projektbeginn hatten sich 61 Personen für das Gutachten angemeldet, davon beteiligten sich dann aber letztlich nur 42 beteiligt, 22 davon an drei oder vier Veranstaltungen.

Mit einer Einschränkung der tatsächlichen Beteiligung gegenüber der Anmeldung im Verlaufe des Projektes war zu rechnen. Dafür gibt es vielfältige Gründe (insbesondere berufliche, familiäre und gesundheitliche). Überraschend war der starke Rückgang zwischen der Anmeldung und der ersten Beteiligung. Je länger das Projekt dauerte, desto stabiler war die verbleibende Teilnehmergruppe. Auffällig war dabei, dass

- vor allem Personen unter 30 Jahren ausgestiegen sind,
- sich der Anteil von Frauen im Laufe des Projektes kontinuierlich erhöht hat und
- Rentner besonders kontinuierlich mitgewirkt haben.

Es ist festzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich überproportional vertreten sind, was bei derartigen Beteiligungsformen jedoch normal ist.

Trotz der insgesamt etwas niedrigeren Teilnehmerzahl gegenüber dem Projektkonzept gab es keine Einschränkungen an der Aussagekraft der Ergebnisse. Insbesondere der Vergleich der Bewertung der einzelnen Fachbereiche, der zu Beginn und am Ende des Projektes durchgeführt wurde, zeigte, dass die qualitativen Ergebnisse trotz unterschiedlicher Zahl der Befragten gleich blieb. Tendenziell bestätigte sich dies auch in der Ähnlichkeit vieler konkreter Empfehlungen, die unabhängig voneinander in den Kleingruppen erarbeitet wurden. Nur die Anzahl spezieller Empfehlungen wäre bei höherer Teilnehmerzahl sicher etwas höher gewesen.

35 Personen haben Interesse bekundet, ihre Mitwirkung aber von vorn herein entschuldigt. Darunter
18 aus beruflichen Gründen
12 aus gesundheitlichen Gründen
5 unter Angabe sonstiger Gründe

	angemeldete	Teilnehmer (mindestens an einer Veranstaltung bzw. Rücksendung Fragebögen)	aktiver Kern (Teilnahme an mindestens drei Veranstaltungen)
Gesamtzahl	61 Personen	42 Personen	22 Personen
Geschlecht	männlich weiblich	männlich 17 weiblich 25	männlich 7 weiblich 15
Alter		20-29 6 30-39 8 40-49 9 50-59 6 60-69 7 ab 70 4 k.A. 2	20-29 1 30-39 5 40-49 4 50-59 3 60-69 5 ab 70 3 k.A. 1
Berufsstand		in Ausbildung 4 Arbeiter 0 Angestellter 16 arbeitslos 1 selbstständig 7 Beamter 1 Rentner 11 k.A. 2	in Ausbildung 1 Arbeiter 0 Angestellter 7 arbeitslos 0 selbstständig 4 Beamter 0 Rentner 9 k.A. 1

Verteilung der Teilnehmer auf das Stadtgebiet

Die Verteilung der Beteiligten auf das Stadtgebiet von Leipzig zeigt, dass eine weitgehend gleichmäßige Verteilung gegeben ist. Lediglich der Innere Osten (Redunitz, Volkmarsdorf, Anger-Crottendorf, Sellerhausen) und Nordosten (Schönefeld, Paunsdorf) ist praktisch nicht vertreten.

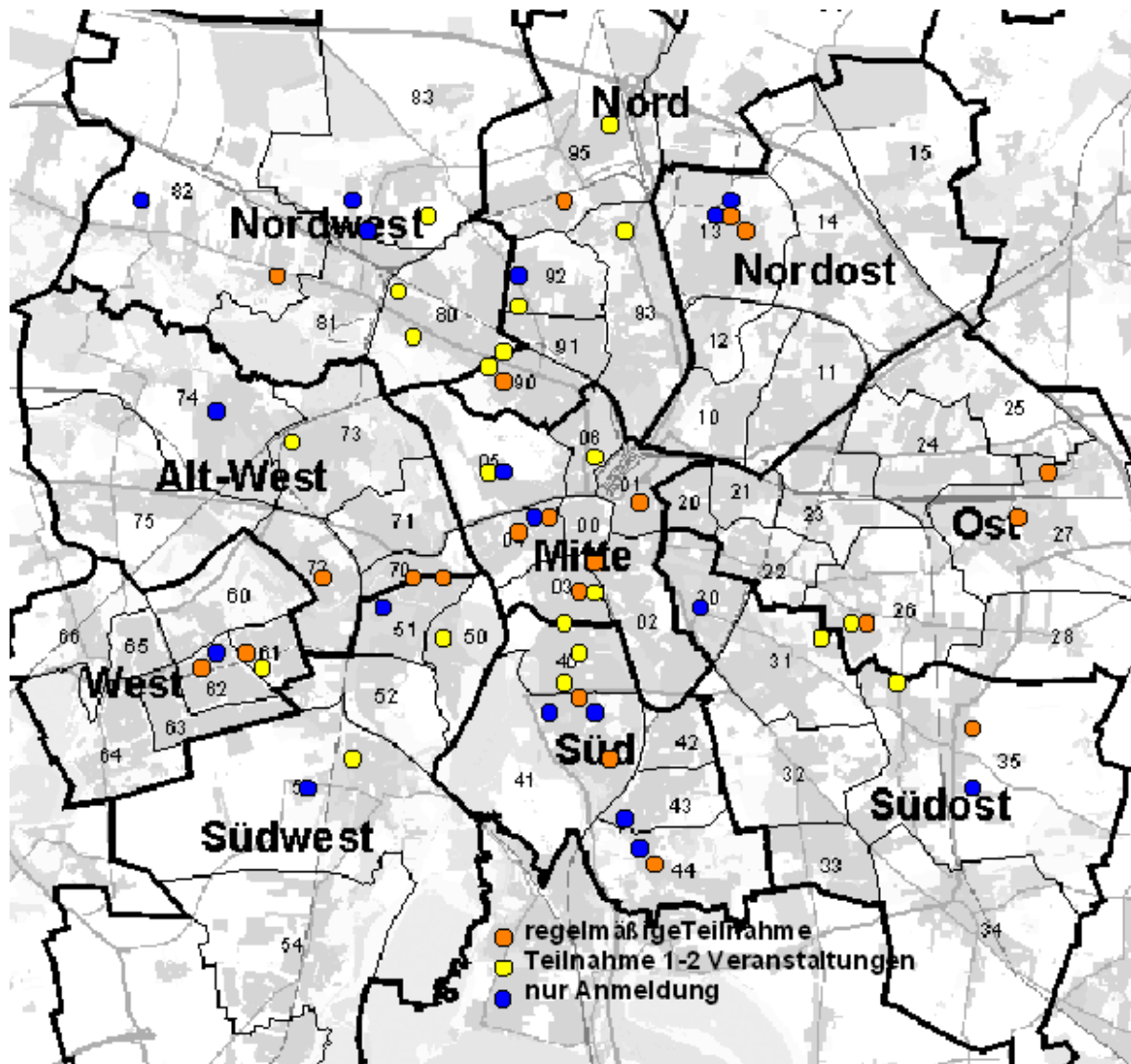


Abbildung 1: Verteilung der Teilnehmer im Stadtgebiet

4 Ergebnisse

4.1 Bewertung der Fachbereiche

Zur ersten und zur vierten Sitzung wurde mittels Fragebogen eine Meinungsabgabe zur Zuschussveränderung der Aufgabenbereiche der Stadtverwaltung durchgeführt. Ausgenommen waren dabei wirtschaftliche Unternehmen sowie Bereiche ohne Zuschussbedarf.

Als Information wurden dazu gegeben:

- der Gesamtzuschuss des Bereiches aus Verwaltungs- und Vermögenshaushalt
- die Auflistung der wichtigsten Aufgaben des jeweiligen Bereiches
- die Kategorisierung dieser Aufgaben in freiwillige Leistungen, weisungsfreie Pflichtaufgaben und weisungsgebundene Pflichtaufgaben.

Die Bewertung konnte auf einer Skala zwischen - 100 % und + 100 % vorgenommen werden.



Abb.3: Bewertungsskala für alle Aufgabenbereiche

Generelle Ergebnisse

In den Bereichen Schulen, Kinderbetreuung und Jugendhilfe soll trotz einer Gesamteinsparung spürbar mehr Geld ausgegeben werden. Auch die Bereiche Brandschutz, Sicherheit, Ordnung und Gesundheit sollen eine moderate Zuschusserhöhung erfahren. Die Bereiche Kultur, Sport, Umwelt und Wirtschaftsförderung liegen im Mittelfeld und sollen im Trend der allgemeinen Einsparungen behandelt werden. Deutliche Einsparungen werden von den Bereichen Stadtentwicklung und Bau sowie Allgemeine Verwaltung (inklusive Finanzen) erwartet. Ein besonders schlechtes Image haben offenbar die Beigeordneten und der Stadtrat. Hier erwarten die Bürger die größten prozentualen Einsparungen. Dies hat wahrscheinlich nicht primär mit der konkreten Arbeit des Leipziger Stadtrates und seiner Fraktionsgeschäftsstellen, sondern mit dem negativen Image von Politik generell zu tun. Dass die Beigeordneten in der Abschlussbewertung sogar auf den letzten Platz abgerutscht sind, hat sicher auch mit den personellen Veränderungen der letzten Monate (insb. Tschense und Kaminski) zu tun.

Ergebnisse des Vergleiches der beiden Bewertungen

Trotz der geringeren Gesamtzahl von Fragebögen bei der Abschlussbewertung ist besonders auffällig, dass die grundsätzlichen Trends der ersten Befragung stabil bleiben. Die positiven und negativen Ausschläge sind jedoch bei der Abschlussbewertung etwas kleiner. Dies hat vermutlich zwei wesentliche Gründe:

- Die Beschäftigung mit den Details des Haushaltsplans hat zu einem realistischeren Blick auf die Möglichkeiten der Veränderung der Ausgaben beigetragen. Die Gutachter bewerten daher am Ende vorsichtiger als am Anfang des Projektes, behalten aber die grundsätzlichen Tendenzen in der Bewertung bei.
- Der Altersdurchschnitt der Teilnehmer der Abschlussbewertung war etwas höher als bei der ersten Bewertung. Jüngere Teilnehmer neigten zu stärkeren Ausschlägen in der Meinungsabgabe als die älteren.

Der deutliche Sieger der ersten Bewertung der Bereich Schulen musste einige Prozentpunkte abgeben. Dies Beschäftigung mit den konkreten kommunalen Aufgaben als Schulträger verursachte möglicherweise einen etwas kritischeren Blick auf die notwendigen Zuschüsse.

Gewinner im Vergleich zur ersten Bewertung sind insbesondere die Verwaltungsbereiche von Jugendamt und Sozialamt. Offensichtlich hat durch die häufige positive Thematisierung einzelner Aufgaben in diesen Bereichen eine Imageverbesserung der zugehörigen Verwaltung stattgefunden. Auffällig gegensätzlich ist der Trend dafür beim Kulturamt und beim Umweltamt. Letzteres ist insofern erstaunlich, als es bei der Arbeit der Kleingruppen fast keine Rolle gespielt hat.

Deutlich gewonnen hat auch das Image des Eigenbetriebs Engelsdorf von minus 10 % auf minus 2,5 %. Hier hat sicher die Diskussion zu konkreten Kürzungsvorschlägen, die zum Eigenbetrieb Engelsdorf eingebracht wurden, beigetragen. Ähnlich verhält es sich beim Amt für Geoinformation und Bodenordnung.

Der deutlich erhöhte Zuschuss im Bereich Sozialhilfe/ALG II ist nicht unbedingt Ausdruck des Wunsches nach höheren Ausgaben, sondern eher Ausdruck der Erkenntnis unausweichlicher Ausgabensteigerungen.

Tab 2: Vergleich der ersten Bewertung der einzelnen Fachbereiche der Verwaltung mit der abschließenden Bewertung (erste Bewertung: 39 Fragebögen, zweite Bewertung: 26 Fragebögen)

Platz (Anfang/ Ende)		Bereich	gewünschte Veränderung des Zuschusses in %	
			Anfangsbewertung	Abschlussbewertung
1	1	Schulen	11,0	8,1
2	2	Kindertagesstätten, Horte	7,4	7,1
3	4	Dienstl. u. Einrichtungen der Jugendhilfe	6,0	5,8
4	3	Offene Jugendarbeit	5,3	6,7
5	12	Bibliotheken	4,4	1,9
6	5	Finanzielle Unterstützung Jugendlicher	4,1	5,0
7	6	Bäder	3,6	4,2
8	23	Umweltschutz, Gewässer	3,3	-1,5
9	8	Gesundheit, Tierschutz	2,6	3,1
10	14	Musikschule, Volkshochschule	2,4	1,7
11	11	Soziale Einrichtungen und Dienste	1,8	2,1
12	9	Brand- und Zivilschutz	0,9	2,3
13	18	Wirtschaftsförderung	0,5	-0,8
14	13	Ordnung, Sicherheit	0,3	1,8
15	7	Sozialhilfe, ALG II	0,1	4,0
16	24	sonstige Zuschüsse Kultur	-0,5	-1,7
17	16	Straßenreinigung	-1,3	0,7

Platz (Anfang/ Ende)		Bereich	gewünschte Veränderung des Zuschusses in %	
			Anfangsbewertung	Abschlussbewertung
18	18	Beauftragte f. best. soziale Gruppen	-1,4	-0,8
19	21	Grünflächen, Parks, Wald	-1,5	-1,0
20	30	Kulturamt	-1,8	-6,2
21	18	Tourismusförderung	-2,3	-0,8
22	15	Sport	-2,3	1,5
23	17	Museen	-2,6	0,0
24	24	Bürgerämter	-3,2	-1,7
25	26	Theater, Konzerte	-4,7	-2,3
26	28	Stadterneuerung	-4,9	-4,0
27	29	Standesamt	-5,8	-4,2
28	9	Verwaltung Jugendamt	-6,5	2,3
29	33	Bauordnungsamt	-7,4	-7,1
30	38	Rechtsamt	-8,5	-11,3
31	21	Verwaltung Sozialamt	-9,6	-1,0
32	27	Eigenbetrieb Engelsdorf	-10,0	-2,5
33	43	IT-Koordination	-10,1	-13,7
34	31	Unterstützung Ausländer, Spätaussiedler	-10,4	-6,7
35	34	Stadtplanung	-10,5	-7,3
36	37	Verkehr, Tiefbau	-11,2	-8,7
37	36	Finanzverwaltung	-11,3	-8,5
38	35	Hochbau, Bauverwaltung	-11,5	-7,7
39	40	Geschäftsbereich Oberbürgermeister	-12,2	-12,1
40	32	Geoinformation und Bodenordnung	-12,9	-6,9
41	41	Hauptamt	-15,8	-12,5
42	39	Personalamt	-16,0	-11,7
43	45	Beigeordnete	-16,0	-14,6
44	44	Stadtratsfraktionen	-19,0	-14,2
45	42	Statistik und Wahlen	-19,2	-13,1

4.2 Vorschläge und Fragen

Die einzelnen Vorschläge wurden nach der Bewertung in vier Kategorien gegliedert:

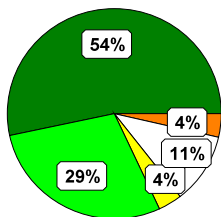
- ▶ Kategorie 1: Vorschläge mit deutlicher Mehrheit, davon mehr als 40 % mit der Bewertung "ja, sehr wichtig"
- ▶ Kategorie 2: Vorschläge mit deutlicher Mehrheit, dabei aber überwiegend mit der Bewertung "gut, o.k."
- ▶ Kategorie 3: Vorschläge mit knapper Mehrheit
- ▶ Kategorie 4: Vorschläge ohne Mehrheit (diese wurde ohne weitere Erläuterung in der Anlage ... aufgelistet)

In die Bewertung sind Fragebögen von 28 Teilnehmern (Rücklauf bis 22.11.2005) eingeflossen, darunter 20 von Teilnehmern der Abschlussveranstaltung, acht wurden nachträglich zugesandt.

4.2.1 Grundlegende, fachübergreifende Vorschläge

Kategorie 1: Vorschläge mit hervorgehobener Wichtigkeit bzw. Dringlichkeit

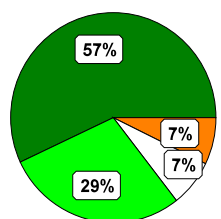
G1 Offenlegung der genauen Personalkostengliederung mit entsprechender Aufgabenbeschreibung



Es wird von den Gutachtern als deutliches Manko empfunden, dass die Effizienz der Verwaltungsdienstleistungen anhand der Stellenpläne im Haushaltsplan nur sehr vage beurteilt werden kann. Der Aufgabengliederungsplan der Stadt ist wiederum nicht kompatibel zum Haushaltsplan, ebenso wenig der Pflichtigkeitskatalog.

Es wird empfohlen, dass ein Leistungs- und Personalkostenplan gegliedert nach Sachgebieten erarbeitet wird. Hierbei sollte auch die Darstellung der Pflichtigkeiten und der Bezug zu den strategischen Zielen der Stadt dargestellt werden. Wo möglich, sollte ein Benchmarking mit vergleichbaren Kommunen hergestellt werden.

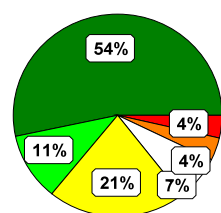
G2 Städtische Beteiligungen an Unternehmen im Haushaltsplan transparent machen



Es wird bemängelt, dass keine Übersicht im Haushaltsplan existiert, in der die unterschiedlichen städtischen Beteiligungen an Unternehmen dargestellt sind. Die Finanzpläne der Unternehmen (Band 3 des Haushaltsplans) sind in ihrer Form sehr unterschiedlich und zum Teil wenig aussagekräftig.

Es wird empfohlen, dass im Haushaltsplan eine Übersicht mit den Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften erarbeitet wird, die die Kernaufgaben, die wichtigsten finanziellen Eckdaten - insbesondere auch Personalkosten - und den städtischen Beteiligungsanteil in einer miteinander vergleichbaren Form enthält.

G3 Alle Beteiligungen der Stadt an Unternehmen überprüfen und Verflechtungen untereinander auflösen

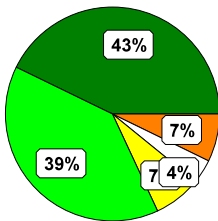


Es wird hinterfragt, ob alle städtischen Beteiligungen an Unternehmen sowie Eigenbetrieben sinnvoll und notwendig sind.

Es wird empfohlen, alle Beteiligungen und Eigenbetriebe danach zu überprüfen, inwieweit sie für die Kommune kurz- und langfristig ökonomisch sinnvoll sind und inwieweit unverzichtbare kommunale Aufgaben und Ziele mit den Unternehmen verwirklicht werden. Eigenbetriebe und Beteiligungen, auf die dies nicht ausreichend

zutritt, sollten veräußert oder aufgelöst werden. Daneben sollten Verschachtelungen von Beteiligungen weitgehend abgebaut werden.

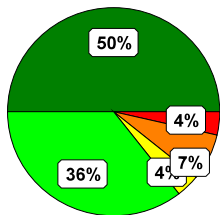
G4 Sponsoring von kommunalen Leistungen und Einrichtungen sollte professionalisiert und verstärkt werden



Es wird festgestellt, dass in vielen kommunalen Leistungsbereichen ein Potenzial für privates Sponsoring besteht, das bisher nur sporadisch ausgenutzt wird. Es wird empfohlen, dass vorhandene Ressourcen stärker dafür genutzt werden, Sponsoring kommunaler Leistungen und Einrichtungen zu organisieren. Dazu gehört die Erarbeitung strategischer Fundraisingkonzepte und eine Qualifizierung entsprechender Mitarbeiter mit einer teilweisen Neuausrichtung ihrer Aufgaben. Die Sponsoringbemühungen dürfen sich dabei nicht vorrangig auf städtische Beteiligungsgesellschaften richten.

Insbesondere wird ein Potenzial für zusätzliches Sponsoring im Bereich des Kulturamtes und des Amtes für Stadterneuerung gesehen. Aber auch für andere Leistungsbereiche sollte dieses Herangehen verstärkt werden.

G5 Das Mieten aller nicht der Stadt gehörenden Gebäude überprüfen und ggf. Umzug in leerstehende städtische Gebäude veranlassen.

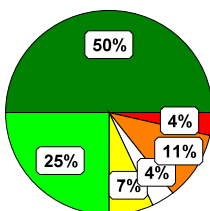


Der Gesamtumfang an Mietkosten für nicht der Stadt gehörende Gebäude beträgt jährlich etwa 11,5 Mill. Euro. Angesichts vieler leerstehender städtischer Gebäude, insbesondere Schulen und ehemalige Gemeindeämter entsteht die Frage, ob es nicht finanziell günstiger ist, für einzelne Ämter solche Gebäude selbst zu nutzen, anstatt fremde Gebäude zu mieten.

Es wird deshalb dringend empfohlen, alle leerstehenden städtischen Gebäude auf ihre Eignung für eine Selbstnutzung zu überprüfen, den Aufwand für bauliche Herrichtung und Umzug abzuschätzen und mit den Mietkosten für einen geeigneten Zeitraum zu vergleichen. Daraus sollte ein Neustrukturierungsplan für die Verwaltung erarbeitet werden.

Bei dieser Planung müssen auch die sich aus anderen Empfehlungen ergebenden Veränderungen des Personalumfangs berücksichtigt werden (Personalabbau und Ausgliederung von Leistungen).

G6 Leistungen an LeCoS überprüfen und regelmäßig öffentlich ausschreiben



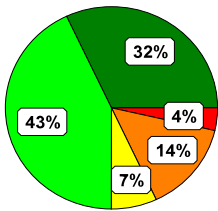
Der Gesamtumfang der IT-Leistungen und Verträge, (Zentrale Dienste und Leistungen für die Fachämter) beträgt über 18 Mill. Euro im Plan für 2006. Die Leistungserbringung erfolgt überwiegend durch das städtische Tochterunternehmen LeCoS (Leipziger Computer- und Systemhaus GmbH). Es wird bezweifelt, dass es für die einzelnen Leistungen keine günstigeren regionalen Anbieter bei gleicher Qualität der Leistung gibt.

Es wird dringend empfohlen, alle neu zu vereinbarenden Leistungen im IT-Bereich öffentlich auszuschreiben und dafür ggf. kleinere Lose zu bilden. Es muss gelingen, mit geringerem Aufwand eine höhere technische Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung herzustellen als bisher.

Daneben gab es eine knappe Mehrheit, auch unabhängig von der Art der Leistungsvergabe den Leistungsumfang bisheriger Lecos-Leistungen zu reduzieren.

Kategorie 2: Weitere Vorschläge mit klarer Befürwortung

G7 generelle Reduzierung der Personalkosten bei allen Verwaltungstätigkeiten



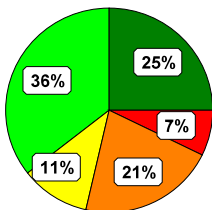
Es wird vermutet, dass bei den meisten Verwaltungstätigkeiten Steigerungen in der Effektivität der Leistungserbringung möglich sind. Im Vergleich zur Privatwirtschaft wird festgestellt, dass dort eine permanente Effektivitätssteigerung stattfinden muss, um wirtschaftlich zu überleben. Eine langfristige Beibehaltung des gleichen Personalbestandes ist daher nur bei steigendem Umsatz möglich. Dieser kann jedoch nur in geringem Umfang bei den öffentlichen Leistungen angenommen werden.

Grundsätzlich wird empfohlen, in allen Ämtern weitere Personalkosteneinsparungen zu erreichen, und zwar primär durch eine Steigerung der Effektivität der Arbeitsorganisation und nicht primär durch Reduzierung von Leistungen.

Insofern noch Weihnachts- und Urlaubszuschläge gezahlt werden, sollten diese im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und künftiger Tarifvereinbarungen abgeschafft werden.

Im Abschnitt "4.3 Spezielle Vorschläge" sind zusätzlich Einsparungen in Ämtern vorgeschlagen, die überproportional zu den Personalkosteneinsparungen beitragen sollen.

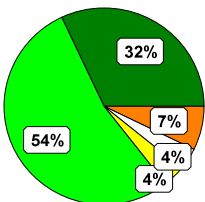
G8 Einsparung von Kosten durch Zusammenlegung von Ämtern



Es wird vermutet, dass durch die Zusammenlegung einzelner Ämter sowohl Personal- als auch raumbezogene Kosten gesenkt werden können.

Es wird empfohlen, die Zusammenlegung einzelner Ämter zu prüfen. Dabei sollen Aufwand und Nutzen in einem sinnvollen Verhältnis stehen.

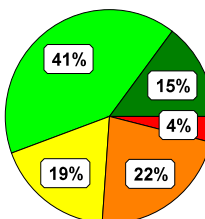
G9 öffentliche Ausschreibung der Postbeförderungsleistungen



Der Gesamtumfang der städtischen Postbeförderungsleistungen beträgt im Plan 2006 rund 1,9 Mill. Euro. Es wird bezweifelt, dass die Einsparpotenziale in diesem Bereich bereits ausgeschöpft sind.

Es wird empfohlen, die Gesamtbeförderungsleistung der Stadt jährlich auszuschreiben und den günstigsten Anbieter mit nachgewiesener Leistungsfähigkeit zu beauftragen. (siehe auch Vorschlag G15)

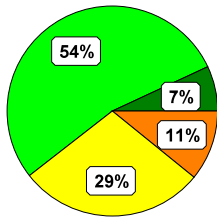
G10 Senkung der Postgebühren durch mehr E-Mail-Kommunikation



Es wird angenommen, dass es noch in relevanten Größenordnungen briefliche Kommunikation der Stadtverwaltung gibt, die auch per Mail durchgeführt werden könnte.

Es wird empfohlen, diese Reserven konsequent zu nutzen.

G11 Budgets für Dienstreisen in allen Bereiche kürzen

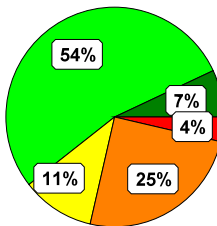


Es wird vermutet, dass nicht alle Dienstreisen der Stadtverwaltung für die Realisierung der lokalen Aufgaben notwendig sind. (Gesamtumfang 2006 rund 570.000 Euro)

Es wird empfohlen, eine deutliche Budgetkürzung in diesem Bereich durchzuführen und dringenden Mehrbedarf durch Deckung aus anderen Positionen innerhalb der Fachämter auszugleichen.

Gleichzeitig scheint eine durchgängig getrennte Ausweisung von Stadtfahrten (LVB und Pkw) und "echten" Dienstreisen sinnvoll.

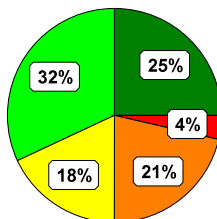
G12 Budget für Fortbildungsmaßnahmen kritisch prüfen und reduzieren



Im Plan sind rund 950.000 € interne und externe Fortbildungskosten (ohne Berufsausbildung) vorgesehen. Es wird vermutet, dass nicht alle Fortbildungsmaßnahmen zweckmäßig und effektiv sind.

Es wird daher empfohlen, den Umfang von Fortbildungsmaßnahmen in der Stadtverwaltung kritisch zu prüfen und ggf. das Budget hierfür zu reduzieren.

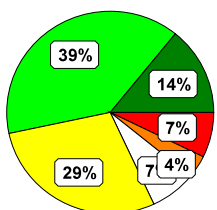
G13 Zuschüsse für LVB-Monatskarten prüfen



Im Plan sind (geringe) Einnahmen aus den Eigenanteilen der Mitarbeiter zu den Zuschüssen für LVB-Monatskarten ausgewiesen (Beispiel Ordnungsamt: Einnahmen 600 €, Ausgaben Fahrtkosten inklusive Pkw 9.800 €)

Es wird empfohlen zu prüfen, ob die Bezuschussung von Fahrkarten von Mitarbeitern für die private Nutzung von Monatskarten, die aus dienstlichen Gründen erworben werden, in einem angemessenem Verhältnis steht.

G14 Reduzierung der Ausgaben für Dienstleistungen des Amtes für Geoinformation und Bodenordnung



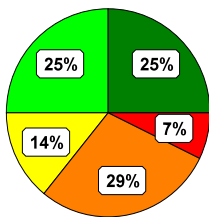
Insgesamt werden bei allen Fachämtern zusammen rund 2,15 Mill. € an Leistungen des Amtes für Geoinformation und Bodenordnung geplant (vor allem Liegenschaftsamt, Tiefbauamt und Stadtplanungsamt). Es wird einerseits angenommen, dass möglicherweise einzelne sehr ähnliche Leistungen von verschiedenen Ämtern in Anspruch genommen werden. Andererseits besteht der Verdacht, dass durch eine Privatisierung von Teilen des Amtes und Einkauf der Leistungen nach Vergabe Kosten eingespart werden können.

Es wird empfohlen, eine Koordination der Nutzung von Leistungen des Amtes für Geoinformation und Bodenordnung durchzuführen, mit dem Ziel, Überschneidungen von Aufträgen zu vermeiden.

Gleichzeitig wird empfohlen zu prüfen, welche Teile des Amtes privatisiert werden können (ggf. auch das gesamte Amt).

Kategorie 3: Vorschläge mit knapper Mehrheit

G15 Verbot privater Telefongespräche



Angesichts relativ hoher Summen bei den Einnahmen unter "Erstattung privater Telefongespräche" (Gesamtplansumme rund 100.000 Euro) taucht die Frage auf, in welchem Umfang eigentlich private Telefongespräche geführt werden. Die Arbeitszeit, in der solche Gespräche geführt werden, verursacht vermutlich wesentlich höhere Kosten, als die Gespräche selbst.

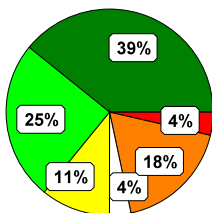
Es wird empfohlen private Telefongespräche in der Arbeitszeit generell zu untersagen. Ausnahmen in Notfällen sollten trotzdem möglich sein.

4.2.2 Spezielle Vorschläge

Kategorie 2: Weitere Vorschläge mit klarer Befürwortung

Stadtrat

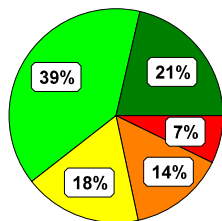
S1 Kosten für die Geschäftsführer der Fraktionen senken



Es wird empfohlen, die Ausgaben neben denen in der Stadtverwaltung auch beim Stadtrat weiter zu senken. Um mit gutem Beispiel voran zu gehen, sollten die Kosten für die Geschäftsführerstellen in den Fraktionsgeschäftsstellen gesenkt werden.

Allgemeine Verwaltung

S2 Amt für Statistik und Wahlen: Senkung der Personalkosten



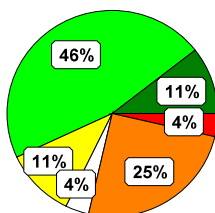
Das Amt hat laut Plan 2006 **18,0** Stellen.

Es wird empfohlen, die Personalkosten in diesem Amt überproportional zu senken oder die Leistungen des Amtes stärker kostendeckend - durch Verkauf von Leistungen und Veröffentlichungen - zu erbringen.

(siehe auch Bewertung des Amtes in Abschnitt 4.1)

Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit

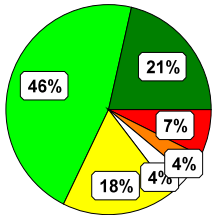
S3 Öffentliche Bedürfnisanstalten



Es wird festgestellt, dass es zu wenig öffentliche Bedürfnisanstalten in Leipzig gibt. Es wird empfohlen, zusätzliche, kostenfreie Bedürfnisanstalten im öffentlichen Raum aufzustellen.

Bildung und Kultur

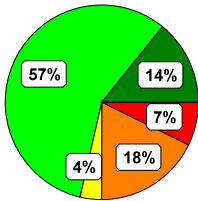
S4 Volkshochschule: Senkung der Kosten für Drucksachen



Es wird angenommen, dass die geplanten Kosten für Drucksachen (Plan: 70.900 €) zu einem großen Teil für den Druck des Programms der Volkshochschule verwendet werden.

Es wird empfohlen, das Programmheft gegen eine Schutzgebühr zu verkaufen und dadurch den Zuschussbedarf zu senken.

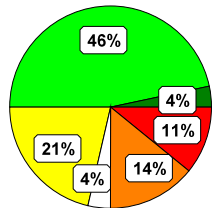
S5 Städtische Bibliotheken: Erhöhung des Zuschusses für den Erwerb von Büchern



Es wird angenommen, dass die Summe, die für den Erwerb von neuen Büchern vorgesehen ist (Plan: 594.000 €) nicht ausreicht, um eine angemessene Aktualisierung des Bestandes der Leipziger Bibliotheken vorzunehmen.

Es wird empfohlen, das Budget für den Erwerb von Büchern zu erhöhen.

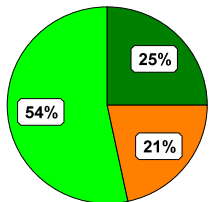
S6 Städtische Bibliotheken: Zusammenführung von öffentlichen Bibliotheken



Es wird vermutet, dass es innerhalb verschiedener Bibliotheken in Leipzig Überschneidungen im fachlichen Profil gibt. Daraus könnte ein Sparpotenzial abgeleitet werden.

Es wird empfohlen, zu prüfen, welche inhaltlichen Überschneidungen verschiedener Bibliotheken es in Leipzig gibt, und in welchen Bereichen eine Förderung durch die Stadt ohne Einbußen des Gesamtangebotes zurückgenommen werden kann.

S7 Oper Leipzig: Durchführung zusätzlicher Schülerveranstaltungen

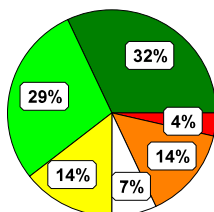


Es wird angenommen, dass durch zusätzliche Veranstaltungen von Schülern der Bezug junger Erwachsener zur Oper gestärkt wird und dies langfristig positive Auswirkungen auf die Besucherzahlen der Oper und damit auf die Erhöhung von Einnahmen hat.

Es wird empfohlen, zusätzliche Schulveranstaltungen in der Oper anzubieten.

Soziale Leistungen und Dienste

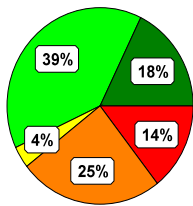
S8 In den Bereichen "Soziale Grundsicherung" und "Soziale Einrichtungen und Dienste" sind aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse keine Einsparungen vertretbar



Es wird festgestellt, dass der Ausgleich sozialer Benachteiligungen und gezielte soziale Unterstützungsleistungen angesichts der volkswirtschaftlichen Situation eine hohe Priorität hat.

Es wird empfohlen, an der Erbringung entsprechender Leistungen nicht zu sparen. Ergänzend wird aber auch betont, dass eine Steigerung der Effizienz der Leistungserbringung möglich und notwendig ist.

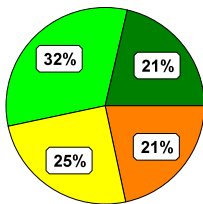
S9 Sozialamt: Vermeidung der Erhöhung von Personalkosten



Im Haushaltsplan wird der Ansatz von Personalkosten im Sozialamt von 9,9 Mill. € 2005 auf 10,5 Mill. € 2006 erhöht.

Unabhängig von der Empfehlung, im Sozialbereich keine Leistungseinschränkungen vorzunehmen, wird aber empfohlen, die Personalkosten im Sozialamt nicht zu erhöhen.

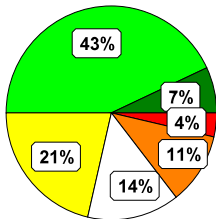
S10 Sozialamt (UA 434): Zuschüsse an Vereine sollten nicht gesenkt werden



Es wird festgestellt, dass Vereine durch die umfangreiche Integration ehrenamtlicher Arbeit eine größere Wertschöpfung pro Euro Zuschuss erbringen als rein hauptamtlich arbeitende Strukturen. Es wird daher empfohlen die Zuschüsse an Vereine, die Dienstleistungen im Bereich sozialen Hilfen erbringen, auf dem Niveau von 2005 konstant zu halten.

Im Besonderen gilt diese Empfehlung auch für den Behindertenfahrdienst.

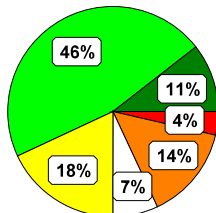
S11 Sozialamt (UA 436): Betriebsaufwendungen für soziale Einrichtungen für Aussiedler senken



Es wird aus dem Haushaltsplan nicht ersichtlich, wofür die Betriebsaufwendungen erforderlich sind. (Plan 270.000 €)

Es wird empfohlen, diese Position zu senken.

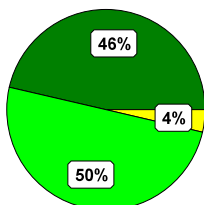
S12 Sozialamt (UA 882): Kosten für Hotelunterbringung senken



Es wird angenommen, dass eine Kostensenkung dadurch möglich ist, dass eine Notunterbringung nicht in Hotels, sondern in einfachen Pensionen erfolgt.

Jugend und Familie

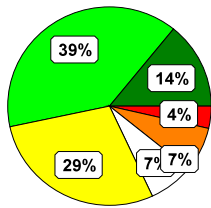
S13 Jugendamt: Reduzierung der Pflegekosten für Außenanlagen von Jugendeinrichtungen



Im Plan werden für die Pflege von Außenanlagen von Jugendeinrichtungen 32.500 € angesetzt.

Es wird empfohlen, diese Kosten durch ein verbindliche Einbeziehung von Jugendlichen, die Nutzer der Einrichtungen sind, zu senken. Eine mögliche Absenkung der Pflegestandards und -kontinuität wird dabei in Kauf genommen.

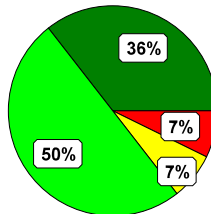
S14 Jugendamt: Überprüfung der Effizienz von Tagespflege im Vergleich zu Kindertagesstätten



Es wird bezweifelt, dass Angebote der Tagespflege mit gleicher Effizienz und Qualität betrieben werden können, wie feste Einrichtungen.

Es wird empfohlen, die Effizienz und die fachliche Qualität von Kindertagesstätten und Tagespflege miteinander zu vergleichen. Eine notwendige Erhöhung der Kapazitäten sollte vorrangig in der bei diesem Vergleich günstigeren Variante erfolgen.

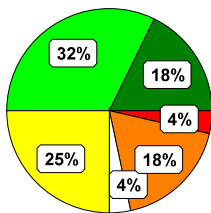
S15 Jugendamt: keine Kürzung der Zuschüsse für Essensgelder in Kitas



Im Plan ist eine Senkung des Zuschusses von 2005: 150.000 € auf 2006: 135.000 € vorgesehen.

Es wird empfohlen, die Senkung zu vermeiden, um Eltern von Kindern nicht stärker zu belasten.

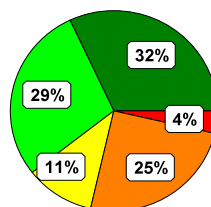
S16 Jugendamt: Erhöhung der Kosten für bauliche Unterhaltung von Horten



Der Kostenansatz von 560.000 € für die bauliche Unterhaltung von Horten wird als zu gering angesehen, er sollte erhöht werden.

Einschränkend muss bemerkt werden, dass ein großer Teil der Teilnehmer zu diesem Punkt keine eindeutige Meinung hat.

S17 Jugendamt: Umbau eines leerstehenden städtischen Gebäudes als Ersatz für einen möglichen Neubau einer Kindertagesstätte

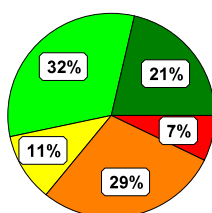


Es wird vermutet, dass es günstiger ist, ein bereits vorhandenes leerstehendes Gebäude für die Nutzung als Kindertagesstätte herzurichten, als einen wahrscheinlich vorhandenen Bedarf für eine Kapazitätserweiterung über einen Neubau zu realisieren. Es wird empfohlen, diese Varianten in einer Gegenüberstellung objektkonkret zu prüfen.

Die hohe Zahl von Gegenstimmen zu diesem Vorschlag begründet sich vor allem in der Annahme, dass ein Umbau möglicherweise nicht wirklich günstiger sein könnte.

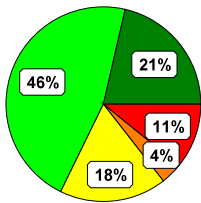
Umwelt, Sport, Gesundheit

S18 Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt: Erhöhung des Budgets für Lebensmittelüberwachung



Es wird vorgeschlagen, das Budget für Lebensmittelüberwachung von 15.900 € auf 20.000 € zu erhöhen.

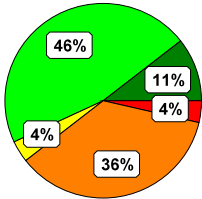
S19 Grünflächenamt: Senkung des Zuschusses für die Bewirtschaftung des Strandbereiches Copudener See



Es wird bezweifelt, dass der Zuschuss für die Bewirtschaftung des Areals am Copudener See (Plan 79.350 €) in dieser Höhe notwendig ist.

Es wird empfohlen, den Zuschuss um 30 % zu kürzen. Im Ausgleich dazu sollte dem Pächter des Geländes ermöglicht werden, die entstehenden Kosten ggf. durch zusätzliche Einnahmen zu decken (z.B. Strandnutzungsgebühren).

S20 Grünflächenamt: Steigerung der Ausgaben für die Unterhaltung von Spielplätzen

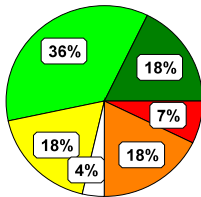


Es wird eingeschätzt, dass es einen hohen Nachholbedarf bei der Unterhaltung von öffentlichen Spielplätzen gibt.

Daher wird vorgeschlagen, das Budget hierfür zu erhöhen. (Plan 2006: 37.300 €).

Stadtentwicklung und Bau

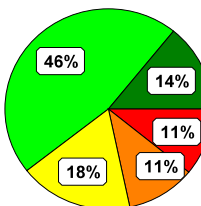
S21 Hochbauamt: Senkung der Personalkosten



Das Amt hat laut Plan 2006 **119,4** Stellen.

Es wird empfohlen, die Personalkosten in diesem Amt überproportional zu senken.

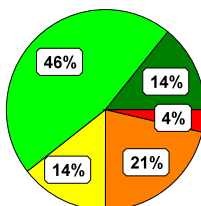
S22 Stadtplanungsamt: Senkung der Personalkosten



Das Amt hat laut Plan 2006 **86,8** Stellen. Es wird vermutet, dass die notwendigen Leistungen dieses Amtes in den letzten Jahren deutlich abgenommen haben. Daher scheint eine Strukturanpassung dringend erforderlich.

Es wird empfohlen, die Personalkosten in diesem Amt um 25 % zu senken. Ein Teil der bisher durch das Amt erbrachten Leistungen soll durch Vergabeleistungen erbracht werden.

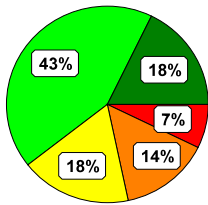
S23 Stadtplanungsamt: Senkung der Kosten für Veröffentlichungen



Für 2006 sind 60.500 € für Veröffentlichungen geplant.

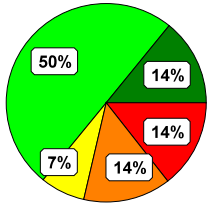
Es wird empfohlen, diese Position auf 30.000 € zu senken und auf ausgewählte Veröffentlichungen zu verzichten, bzw. Umfang und Form deutlich zu vereinfachen.

S24 Bauordnungsamt: Senkung der Personalkosten



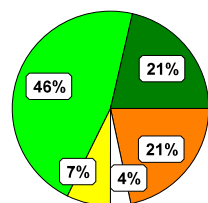
Das Amt hat laut Plan 2006 **94,7** Stellen.
Es wird empfohlen, die Personalkosten in diesem Amt überproportional zu senken.

S25 Tiefbauamt: Senkung der Personalkosten



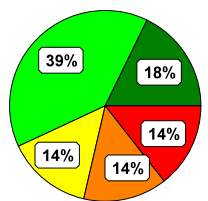
Das Amt hat laut Plan 2006 **236,2** Stellen.
Es wird empfohlen, die Personalkosten in diesem Amt mittelfristig um 50 % zu senken.
Ein Teil der bisher durch das Amt erbrachten Leistungen soll durch Vergabeleistungen erbracht werden.

S26 Tiefbauamt: Miete des Parkplatzes Goldschmidtstraße streichen



Es wird nicht als notwendig angesehen, dass die Stadt für den Standort Prager Straße einen Parkplatz mietet.
Es wird empfohlen, das Abstellen von privaten Fahrzeugen von Mitarbeitern nicht zu bezuschussen. Wenn Dienstfahrzeuge der Stadt abgestellt werden müssen, sollte eine kostengünstigere Lösung gefunden werden (z.B. auf einer Brachfläche).

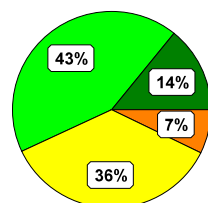
S27 Amt für Verkehrsplanung: Senkung der Personalkosten



Das Amt hat laut Plan 2006 **61,4** Stellen.
Es wird empfohlen, die Personalkosten in diesem Amt mittelfristig um 50 % zu senken.
Ein Teil der bisher durch das Amt erbrachten Leistungen soll durch Vergabeleistungen erbracht werden.

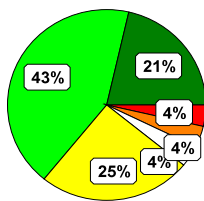
Wirtschaftsförderung, Immobilien und städtische Beteiligungen

S28 Amt für Wirtschaftsförderung: Bau der Buswendestelle am Industriepark Nord streichen



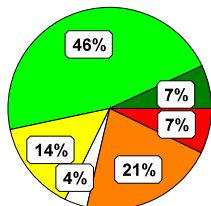
Es wird empfohlen, zu prüfen, ob der Bau der Buswendestelle tatsächlich notwendig ist. Falls ja, sollte eine Lösung unter Beteiligung von BMW ausgehandelt werden.

S29 Liegenschaftsamt: Senkung der Personalkosten



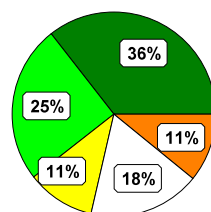
Das Amt hat laut Plan 2006 **72,5** Stellen.
Es wird empfohlen, die Personalkosten in diesem Amt überproportional zu senken.

S30 Liegenschaftsamt: Senkung der Kosten im Rahmen von Notgeschäftsführungen



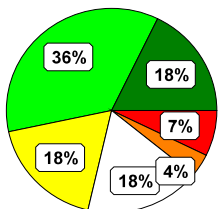
Im Haushaltsplan sind hierfür 2,4 Mill. € vorgesehen. Es wird angenommen, dass nicht jeder Auftrag im Rahmen von Notgeschäftsführung dringend erforderlich ist. Es wird daher empfohlen den Ansatz zu reduzieren.

S31 Einnahmen und Ausgaben von Cross-Border-Leasing Geschäften offen ausweisen



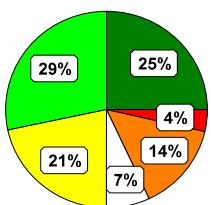
Es wird bemängelt, dass im Haushaltsplan nicht ersichtlich wird, welche Einnahmen oder Ausgaben aus Cross-Border-Leasing Geschäften entstehen.
Es wird empfohlen, solche Transfers auch im Haushaltsplan nachvollziehbar zu machen.

S32 AZV Parthe: Zuschuss an den AZV Parthe kürzen



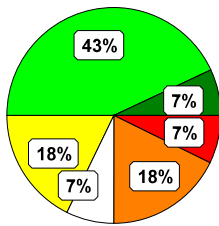
Es wird nicht verstanden, warum der Zuschuss an den Abwasserzweckverband Parthe von 52.350 € 2005 auf 173.000 € 2006 steigen muss.
Falls dies nicht durch Ausgliederung von Leistungen und Kosten aus einem städtischen Amt an den AZV ausgeglichen wird, sollte die Stadt im Rahmen des AZV auf eine Kürzung des Zuschusses auf das Niveau von 2005 hinwirken. Falls eine Übertragung von Aufgaben dahinter steht, sollten entsprechende Personalkostensenkungen bei der Stadt sichtbar werden.

S33 LEVG: Verzicht auf eine Kapitalerhöhung bei der LEVG, dafür Privatisierung



Es wird nicht verstanden, warum die Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft als Zuschussunternehmen betrieben werden muss. Die betriebswirtschaftlichen Zahlen und Prognosen im Band 3 des Haushaltsplans liefern keine Begründung für den kommunalpolitischen Auftrag der LEVG.
Es wird empfohlen, eine Privatisierung der LEVG zu prüfen und auf eine Kapitalerhöhung (Plan 2006: 1,4 Mill. € zu verzichten).

S34 BBVL: Senkung der Leistungen an die BBVL

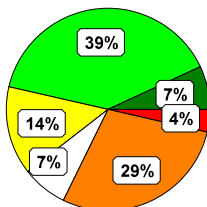


Es wird nicht verstanden, warum die Beratung der Stadt Leipzig hinsichtlich der Steuerung ihrer Beteiligungen pro Jahr 1,54 Mill. € kosten muss, zumal der inhaltliche Bericht im Band 3 des Haushaltsplanes dazu wenig aussagekräftig ist. Es wird empfohlen diese Leistungen um 30 % zu kürzen. Unabhängig davon sollte geprüft werden, welche Leistungen kostengünstiger und in mindestens gleicher Qualität in anderer Konstellation erbracht werden können.

Gruppe 3: Vorschläge mit knapper Mehrheit

Allgemeine Verwaltung

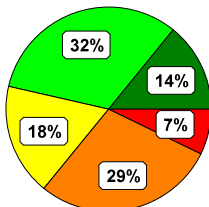
S35 Personalamt: Senkung der Ausgaben für öffentliche Bekanntmachungen



Im Plan sind für die Position 15.000 € eingestellt. Es wird vermutet, dass sich die Kosten für Stellenausschreibungen bei vielen Stellen senken lassen. Es wird empfohlen, sich bei vielen Stellenausschreibungen auf kostenfreie Internetveröffentlichungen zu beschränken und so die Ausgaben zu reduzieren.

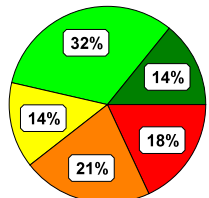
Bildung und Kultur

S36 Kulturamt: Senkung der Personalkosten



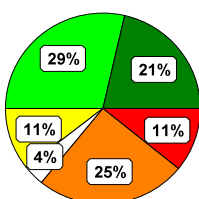
Im Plan ist eine Erhöhung der Personalkosten von 1,27 Mill. € auf 1,30 Mill. € vorgesehen. Es wird empfohlen, diese Erhöhung zu streichen. Die Hauptkritik an diesem Vorschlag bezieht sich darauf, dass das Kürzungsvolumen zu gering sei. Die geringe Kürzung sollte aber auch im Zusammenhang mit dem Vorschlag G4 gesehen werden.

S37 Oper Leipzig: Senkung des Zuschusses an die Oper



Es wird mehrheitlich festgestellt, dass die Zuschüsse für die Oper im Vergleich zu allen anderen Zuschüssen im Bereich der Kultur unverhältnismäßig hoch sind. Um weiterhin eine ausreichende Förderung der Leipziger Kulturszene in ihrer gesamten Breite zu ermöglichen sollte der Zuschuss an die Leipziger Oper gesenkt werden.

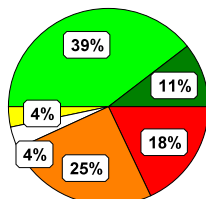
S38 Naturkundemuseum: keine Kürzungen beim Naturkundemuseum



Obwohl für im Plan für 2006 keine Kürzung beim Naturkundemuseum vorgesehen sind, wird mit knapper Mehrheit empfohlen, aufgrund des bereits sehr geringen Budgets, keine weiteren Kürzungen beim Naturkundemuseum durchzuführen.

Soziale Leistungen und Dienste

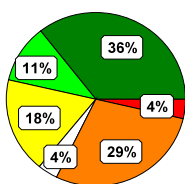
S39 Sozialamt: Asylbewerberheime auflösen, Unterbringung in leerstehenden Wohnungen



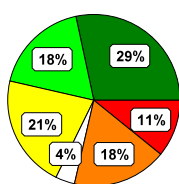
Es wird vermutet, dass eine Unterbringung von Asylbewerbern in leerstehenden Wohnungen (insbesondere der LWB) geringere Kosten verursacht, als die Unterhaltung von Asylbewerberheimen. Es wird empfohlen, dies zu prüfen und ggf. umzusetzen.

Umwelt, Sport, Gesundheit

S40 Gesundheitsamt: Wiederaufnahme der Schwangerschaftsberatung und AIDS-Beratung



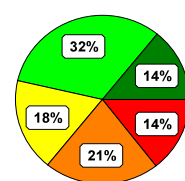
Schwangerschaftsberatung



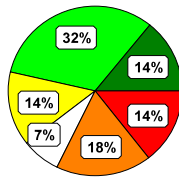
AIDS-Beratung

Es wird festgestellt, dass es in der Jahresrechnung 2004 Ausgabepositionen für Schwangerschaftsberatung und AIDS-Beratung gab, die 2005 und 2006 auf null gesetzt wurden. Es wird mehrheitlich empfohlen, wieder in diesen Beratungsfelder aktiv zu werden.

S41 Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt: Nutzung von Pkw's während der Fußball-WM



Dienst-Pkw

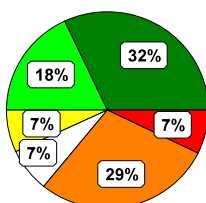


Privat-Pkw

Im Plan sind zwei Positionen von zusätzlichen Fahrtaufwendungen während der Fußball-WM enthalten: je 5.000 € Nutzung von Dienst Pkw und dienstliche Nutzung von privaten Pkw.

Es wird mehrheitlich empfohlen, diese Kostenansätze zu streichen und überwiegend öffentliche Verkehrsmittel für den Einsatz zu nutzen.

S42 Stadtreinigung Leipzig: Pflege öffentlicher Grünflächen privatisieren



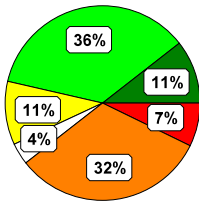
Es wird vermutet, dass durch eine Privatisierung der Grünflächenpflege bei gleicher Qualität der Leistung Kosten gespart werden können.

Es wird daher mehrheitlich empfohlen, die Grünflächenpflegeabteilung bei der Stadtreinigung zu privatisieren und die Leistungen regelmäßig öffentlich auszuschreiben.

Die hohe Zahl von Gegenstimmen zu diesem Vorschlag begründet sich vor allem mit Bedenken zur Qualität der dann geleisteten Pflege und Bedenken gegen eine generelle Absenkung des Lohnniveaus der ausführenden Arbeitskräfte.

Wirtschaftsförderung, Immobilien und städtische Beteiligungen

S43 BIC GmbH: Zuschuss stark kürzen

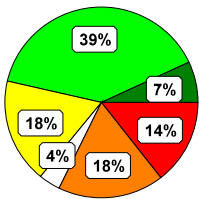


Es wird angenommen, dass durch die BIC GmbH eine einseitige Förderung ausgewählter Unternehmen stattfindet.

Es wird daher vorgeschlagen, den Zuschuss an die BIC um 80 % zu kürzen und die Differenz durch Eigenbeteiligungen der Unternehmen im BIC auszugleichen.

Die hohe Zahl von Gegenstimmen hängt mit der Befürchtung zusammen, dass damit die beabsichtigte Förderung von Unternehmensgründungen nicht mehr möglich ist.

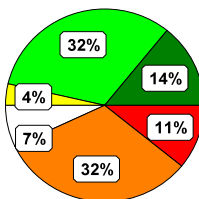
S44 Eigenbetrieb Engelsdorf: Kürzung des Zuschusses um 10 %



Es wird mehrheitlich vorgeschlagen, den Zuschuss an den Eigenbetrieb Engelsdorf von 400.000 € auf 360.000 € zu kürzen.

Die hohe Zahl von Gegenstimmen begründet sich vor allem mit dem Wunsch, die Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes bezüglich der Schaffung von geförderten Arbeitsplätzen und Arbeitsgelegenheiten nicht einzuschränken.

S45 Leipziger Messe: Zuschuss an die Leipziger Messe GmbH kürzen



Es wird mit knapper Mehrheit empfohlen, den Zuschuss an die Leipziger Messe GmbH um 50 % zu kürzen.

Die hohe Zahl von Gegenstimmen begründet sich darin, dass dadurch auch negative Konsequenzen für die regionale Wirtschaftsentwicklung befürchtet werden.

Legende für die Kreisdiagramme

dunkelgrün	“ja, sehr wichtig”
hellgrün	“gut, o.k.”
gelb	“meinetwegen”
weiß	“weiß nicht”
orange	“eher nicht”
rot	“auf keinen Fall”

4.2.3 wichtige Fragen

In den folgenden Abschnitten werden Fragen von den Teilnehmern wiedergegeben, die durch die Moderatoren nicht bereits während der Erarbeitung des Gutachtens geklärt werden konnten. Die zuständigen Fachämtern werden gebeten, zu den benannten Fragen Informationen zu geben.

Allgemeine Verwaltung und Verwaltungsspitze

Beigeordnete

Pos. 002.657.030.7

Warum entstehen hier Kosten in Höhe von 200.000 € im Zusammenhang mit dem Zentralstadion? Welche Leistungen sollen hier erbracht werden?

Personalamt

Wenn die Personalkosten des Personalamtes durchschnittlich auf die Anzahl der Mitarbeiter verteilt werden, ergeben sich wesentlich höhere durchschnittliche Gehälter, als bei allen anderen Ämtern. Woran liegt das? Das gleiche trifft auch auf die Volkshochschule zu.

Pos. 022.621.000.3

Welche Stundensätze werden für Leistungen der LECOS in Rechnung gestellt?
Diese Frage bezieht sich generell auf alle Leistungen der LECOS GmbH.

Stadtkämmerei

Pos. 030.657.000.0

Woraus erklären sich Sachverständigenkosten in Höhe von 368.400 €? Welche Leistungen sind hier erforderlich?

Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit

Brandschutzamt

Pos. 131.657.000.5

Warum werden 33.100 € an Ausgaben für Gutachten geplant, wenn 2004 nur 75 € angefallen sind?

Pos. 131.685.000.8

Warum taucht im Haushaltsplan eine Verzinsung von Anlagekapital auf? Was wird hier verzinst?

Bildung und Kultur

Schulverwaltungsamt

Pos. 225.171.100.1

Warum gibt es hier seit 2005 keine Zuschüsse mehr vom Land?

Pos. 201.940.013.0

Warum erhöhen sich die Ausgaben für Brandschutzmaßnahmen von 200.000 € im Jahr 2005 auf 995.000 € im Jahr 2006?

Pos. 211.543.000.7

Warum gibt es in der Entwicklung 2004/2005/2006 so große Schwankungen bei den Gebäudedienstleistungen?

Volkshochschule

(wie bei Personalamt)

Kulturamt

Pos. 300.546.00.4

Warum haben sich die Bewachungskosten seit 2004 um mehr als 50 % erhöht?

Pos. 301.715.000.0

Warum wurde der Zuschuss zur Stiftung Völkerschlachtdenkmal seit 2004 mehr als verdoppelt?

Pos. 301.716.100.2

Warum steigt der Zuschuss an die Mendelssohn-Stiftung so stark?

Pos. 311.716.000.3

Für welche Leistungen erhält die Stiftung Bach-Archiv einen so hohen Zuschuss (1,78 Mill. €)?

Jugend und Familie

Jugendamt

Pos. 407.400.000.3

Warum steigen die Personalkosten so stark, obwohl die Stellenzahl nur geringfügig steigt?

Pos. 464.543.080.9 und 464.545.280.2

Warum sinken die Kosten für Gebäudedienstleistungen so stark und warum werden die Kosten für Bewirtschaftung so deutlich erhöht?

Stadtentwicklung und Bau

Hochbauamt

Pos. 601.538.000.8

Warum steigt die Raummiete, obwohl die Zahl der Mitarbeiter nicht steigt?

Diese Frage bezieht sich auch auf alle anderen Ämter in der Prager Straße.

Pos. 601.604.200.9

Warum sind die Kosten für Leistungen des Amtes für Geoinformation und Bodenordnung von 860 € 2004 auf 68.100 € 2006 gestiegen?

Tiefbauamt

Pos. 602.950.037.5 und Pos. 602.950.038.3

Welche baulichen Investitionen sind im Klärwerk Rosental geplant?

Pos. 630.950.039.7

Welches Projekt verbirgt sich hinter der Position "Telematik"?

Stadtplanungsamt**Pos. 610.713..000.8**

Warum sind die Zuschüsse zu den Zweckverbänden so stark gestiegen?

Bauordnungsamt**Pos. 613.657.100.5**

Warum sind die Kosten für Sachverständige seit 2004 so stark gestiegen (mehr als verdoppelt)?

Wirtschaftsförderung, Immobilien und städtische Beteiligungen**Marktamt****Pos. 731.642.200.4**

Da die Stadt nicht umsatzsteuerabzugsberechtigt ist, warum taucht bei der Stadt eine Zahllast für Umsatzsteuer auf?

Diese Frage betrifft auch andere Bereiche mit einer solchen Ausweisung.

Konzessionsabgaben**Pos. 810.220.000.0**

Warum sinken die Konzessionsabgaben von 2005 zu 2006 um 1,8 Mill. €?

Mitteldeutscher Verkehrsverbund

Warum steigen die Gesamtausgaben wesentlich stärker als die Einnahmen?

5 Gesamteinschätzung

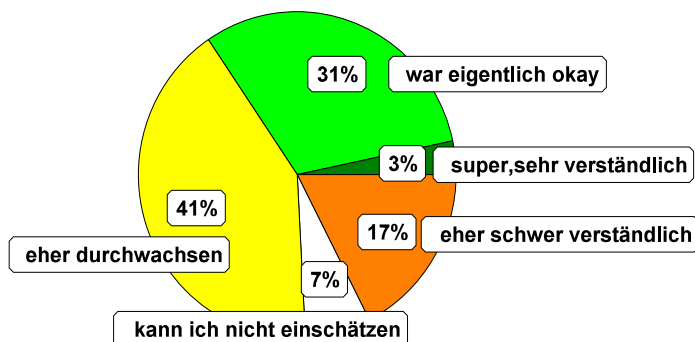
Beteiligung

Das Projekt hat gezeigt, dass es möglich ist, genügend interessierte Bürgerinnen und Bürger für die Mitwirkung an einem solchen Gutachten zu gewinnen, ohne das hierfür eine Vergütung gezahlt werden muss. Entscheidend für die Motivation der Teilnehmer ist jedoch die Aussicht, dass die Ergebnisse durch Politik und Verwaltung ernst genommen werden, auch wenn viele einzelne Vorschläge letztlich nicht umgesetzt werden. Eine Einladung direkt von der Verwaltungsspitze an Bürgerinnen und Bürger, die erkennen lässt, dass ein ernsthaftes Interesse an den Ergebnissen besteht, würde die Teilnahmebereitschaft sicher noch deutlich erhöhen.

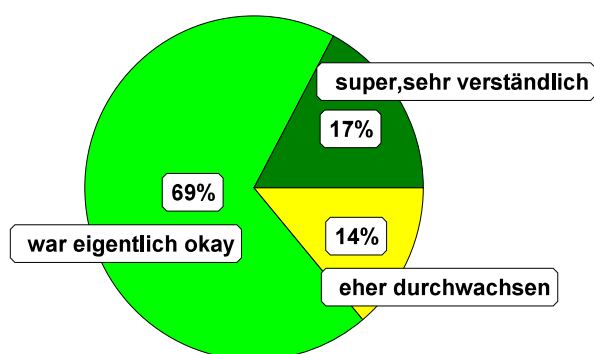
Arbeit mit dem Haushaltplan

Es hat sich, wie zu erwarten war, gezeigt, dass der Haushaltsplan eine ganze Reihe von Verständnisfragen aufwirft, die nur teilweise im Rahmen der Moderation des Gutachtens geklärt werden konnten. Gleichzeitig war aber auch festzustellen, dass die meisten Teilnehmer sich spätestens ab der dritten Sitzung sehr schnell in den Materialien des Haushaltsplans zurecht gefunden haben und gezielt Vorschläge zusammengestellt haben.

Die zusammenfassenden und erläuternden Materialien, die durch das Agenda-Büro erarbeitet wurden, waren offenbar hilfreich. Ihre Verständlichkeit wurde durch die Teilnehmer deutlich besser bewertet, als die Originalunterlagen des Haushaltsplans.

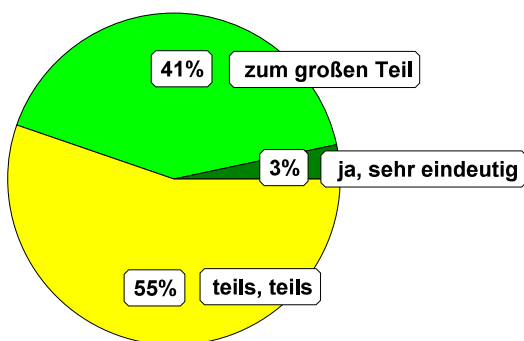


Wie verständlich fanden Sie die Originalunterlagen aus dem Haushaltsplan?

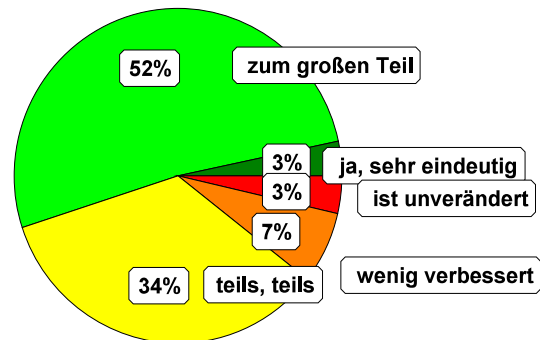


Wie informativ und verständlich fanden Sie die vom Agenda-Büro aufbereiteten Materialien zum Haushaltsplan?

Die meisten Teilnehmer haben am Ende des Projektes das Gefühl, sowohl die Aufgaben und Leistungen der Stadt als auch die städtischen Finanzen besser zu verstehen. Eine längere Projektbeteiligung mit mehr Möglichkeiten zur Diskussion einzelner Sachverhalte hätte diesen Bildungsgewinn sicher noch steigern können.



Haben Sie das Gefühl, die städtischen Finanzen jetzt besser zu verstehen?



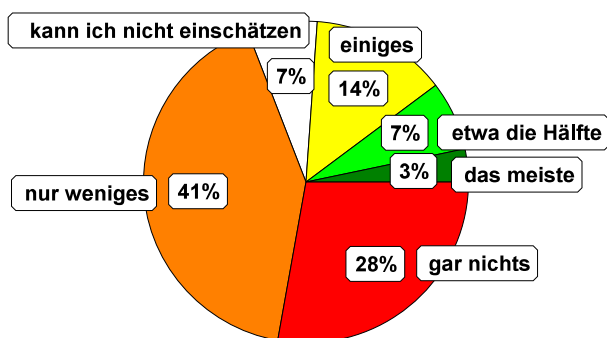
Haben Sie das Gefühl, Aufgaben, Leistungen und Probleme der Stadt generell besser verstehen und einordnen zu können?

Ergebnisse

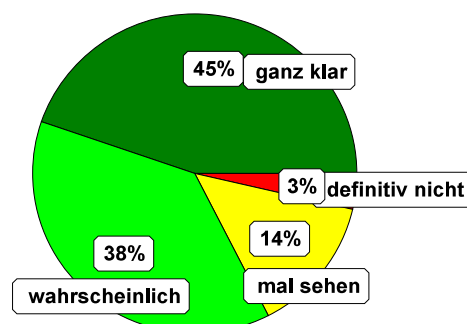
Die erarbeiteten Vorschläge können grundsätzlich als Bereicherung für die Diskussion der städtischen Finanzplanung angesehen werden. Die meisten Vorschläge beziehen sich zwar auf konkrete Planansätze im Haushaltsplan 2006, sind jedoch im Grundsatz auch als Empfehlung für die Folgejahre zu verstehen. Besonders mit den fachübergreifenden Vorschlägen liefert das Gutachten auch Anstöße für das Haushaltssicherungskonzept für die kommenden Jahre.

Die Erwartung der Beteiligten an die Umsetzung ihrer Empfehlungen ist sehr zurückhaltend. Hier hätte es Verwaltung und Politik leicht, die Erwartungen zu übertreffen.

Bemerkenswert ist allerdings, dass trotz der geringen Hoffnung auf die Umsetzung der Empfehlungen die Bereitschaft zur Mitwirkungen weiterhin sehr hoch ist. Der größte Teil der Teilnehmer würde einem guten Freund empfehlen, auch an einem solchen Projekt teilzunehmen.



Was glauben Sie, wie viel von den Vorschlägen durch die Stadt aufgegriffen wird?



Würden Sie einem guten Freund empfehlen, an einem solchen Verfahren teilzunehmen?